

Gedenkstätten-Verband fordert Sicherheit für die Zukunft Landesarbeitsgemeinschaft beklagt eklatante Unterfinanzierung / Bangen um Zuschuss von der Nordkirche

Kiel Nachdem die Arbeit der Gedenkstätten an die Verbrechen des Nationalsozialismus' unter der jetzigen Landesregierung von SPD, Grünen und SSW deutlich ausgeweitet worden ist, wünschen sich die Erinnerungsorte ein Bekenntnis, dass es nach der Landtagswahl im Mai so weitergeht – auch im Fall eines Regierungswechsels. „Zentrale Entwicklungsprobleme harren weiterhin einer Lösung“, sagt die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), Uta Körby. Sie ist zugleich Vorsitzende des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen im Kreis Segeberg. Körby beklagt „eine nach wie vor eklatante Unterfinanzierung der Erinnerungsarbeit, die fehlende Hauptamtlichkeit, um professionelle Vermittlung abzusichern und die ausbleibende Sicherung unersetzlichen Archivgutes“. Diese Misstände stünden „in einem krassen Gegensatz zu dem hohen Potenzial für die Bildungsarbeit, über das alle Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein verfügen“. Warum die Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte brandaktuell ist, kann Körby in einem Satz erklären: „Aus dem Umgang damit erwächst auch ein Diskurs über moralisches Handeln in unserer Gesellschaft heute.“

Um mehr Man-Power zu bekommen, schlägt die Landesarbeitsgemeinschaft vor, dass sich an alle Gedenkstätten im Land Lehrer mit einer Viertel- oder halben Stelle abordnen lassen können. Dort sollen sie dann die Vermittlung intensivieren. „Das würde für Kontinuität der pädagogischen Arbeit sorgen“, so die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft. Als Vorbild für dieses Modell nennt sie Niedersachsen. Den Wunsch nach mehr hauptamtlichen Stellen begründet Körby gerade mit dem Sprung nach vorn, den die Erinnerungsorte Dank einer erstmals systematischen Gedenkstättenpolitik in den letzten Jahren gemacht haben: „Dadurch haben wir so viel erreicht, dass es ausschließlich mit dem Ehrenamt nicht getan ist, wenn man aus alledem etwas machen will.“

Wenn die Standorte nicht nur stumm besucht werden sollen, so Körby, brauche es mehr Ressourcen, unter anderem für Veranstaltungen. Als notwendiges, bisher unbeleuchtetes Thema für die weitere Arbeit drängt die LAGSH-Sprecherin auf das „zweite Gedenken“. Damit meint sie, wie nach dem Krieg mit den Nazi-Verbrechen in Schleswig-Holstein umgegangen beziehungsweise gerade nicht umgegangen worden ist.

Besonders bangt die Landesarbeitsgemeinschaft um die 100 000 Euro, die sie derzeit über einen Umweg über den Landeshaushalt aus Mitteln der Nordkirche erhält. Die sind nur bis 2018 sicher. Der Posten gehört zu den 2,5 Millionen Euro, die die Kirche dem Land freiwillig für die kulturelle Arbeit über einen Fünf-Jahres-Zeitraum zahlt. Die Nordkirche bekräftigte auf Nachfrage unserer Zeitung, dass die „Sonderzahlung zeitlich befristet ist“. Die 100 000 Euro machen in diesem Jahr ein Drittel der Fördersumme aus, die die Gedenkstätten aus dem Landeshaushalt erhalten.

Zur LAGSH gehören unter anderem die KZ-Gedenkstätten Husum-Schwesing, Ladelund, Ahrensbök und Kaltenkirchen, die einstige Gestapo-Haftstätte Russee, die ehemalige Synagoge Friedrichstadt, der Flandern-Bunker Kiel, das Kriegs-Gefangenenlager Gudendorf und das Museum Cap Arkona in Neustadt.

Zu einer Diskussion über die Zukunft der Gedenkstätten hat die LAGSH heute um 18 Uhr Vertreter aller Landtagsfraktionen in den Plenarsaal des Landeshauses eingeladen.

Frank Jung